

Strafprozessuale Revision

Kunnes

12. Auflage 2024
ISBN 978-3-8006-7054-3
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kunnes | Strafprozessuale Revision – Eine Anleitung für Klausur und Praxis



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Strafprozessuale Revision

Eine Anleitung für Klausur und Praxis

Begründet von

Dr. Norbert Mutzbauer

In der 7. Auflage gemeinsam bearbeitet von

Dr. Norbert Mutzbauer und Leander Brößler

In der 8. Auflage allein fortgeführt von

Leander Brößler

In der 9. Auflage gemeinsam bearbeitet von

Leander Brößler und Christian Kunnes

Seit der 10. Auflage allein fortgeführt von

Christian Kunnes

Richter am Oberlandesgericht

Ehem. hauptamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter und
wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesgerichtshof
Prüfer im Ersten und Zweiten Staatsexamen

12., neu bearbeitete Auflage 2024

Verlag Franz Vahlen

Zitervorschlag: Kunnes Strafproz. Revision Rn.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
www.vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 7054 3
ISBN E-Book 978 3 8006 7055 0

© 2024 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95, 86167 Augsburg

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Revisionsrecht hat in der praktischen Ausbildung für Referendarinnen und Referendare zwar nur geringe Bedeutung, in der Zweiten Juristischen Staatsprüfung spielt es dagegen eine ganz erhebliche Rolle. So haben in Bayern von den im Strafrecht zu fertigenden Aufgaben etwa ein Drittel der Klausuren revisionsrechtliche Themen. Der Referendar muss also damit rechnen, dass in der Zweiten Staatsprüfung eine der beiden strafrechtlichen Aufgaben eine Revisionsklausur ist.

Bei der Bearbeitung solcher Klausuren haben Referendare erfahrungsgemäß Schwierigkeiten, die sich insbesondere daraus ergeben, dass es während der Referendarzeit an der Möglichkeit fehlte, die erworbenen Kenntnisse umzusetzen und zu erproben. Daher habe ich versucht, das notwendige Wissen auch anhand von Beispielen und Fällen darzustellen. Deren Auswahl habe ich einerseits danach getroffen, welche Themenbereiche in Examensarbeiten immer wieder geprüft werden, zum anderen danach, welche Fragen Gegenstand der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs waren. Denn die im Anhang abgedruckte Auswertung der bayerischen Examensklausuren seit 1986 belegt, dass die aktuellen höchstrichterlichen Entscheidungen immer wieder Gegenstand revisionsrechtlicher Klausuren sind. Die Rechtsprechung zumindest im letzten Jahr vor dem Examen zu verfolgen, ist dringend zu empfehlen.

Um die Vorbereitung auf das Examen zu erleichtern, wurden neben den Hinweisen auf weiterführende Literatur sowie Fundstellen der Rechtsprechung auch Prüfungs- und Aufbauschemata sowie Formulierungsvorschläge eingearbeitet. Eingefügt wurde ein Übungsprotokoll, anhand dessen der Examenskandidat trainieren kann, ob er auch die „versteckten“ Fehler in einem Protokoll findet. Den Abschluss bildet eine vollständige Revisionsklausur; hier sollte – wie auch bei den Fällen und Beispielen der ersten Kapitel – zunächst versucht werden, die Aufgabe selbst zu bearbeiten, um anschließend das eigene Ergebnis anhand der Lösung zu kontrollieren.

Die Neuauflage berücksichtigt Gesetzesänderungen bis zum 31.5.2023. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Einarbeitung der Vorschriften für den elektronischen Rechtsverkehr, insbesondere die seit 2022 bestehende aktive Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) für Verteidiger, gelegt. Ebenso werden – für das mündliche Examen von Relevanz – Reformüberlegungen zu einer künftigen Aufzeichnung der Hauptverhandlung beleuchtet.

Für Verbesserungsvorschläge bin ich stets dankbar.

München, im Juni 2023

Christian Kunnes



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XV
1. Kapitel. Grundzüge und Wesen der Revision	1
A. Die Revision als Rechtsinstanz	1
B. Revisionsgericht	2
C. Ablauf des Revisionsverfahrens	2
2. Kapitel. Zulässigkeit der Revision	5
A. Statthaftigkeit	5
I. Grundsätze	5
II. Übergang von der Berufung zur Revision und „unbenannte“ Rechtsmittel	6
B. Einlegungsberechtigung und Beschwer	7
I. Berechtigung zur Einlegung der Revision	7
II. Beschwer	7
C. Frist, Form und Inhalt der Revisionseinlegung	8
I. Frist	8
II. Form und Inhalt	9
D. Frist, Form und Inhalt der Revisionsbegründung	11
I. Frist	11
II. Form und Inhalt	12
E. Keine Rechtsmittelrücknahme und kein Rechtsmittelverzicht	14
I. Rücknahme- und Verzichtserklärung	14
II. Wirkungen von Rücknahme oder Verzicht	16
F. Zusammenfassung und Prüfungsschema	16
3. Kapitel. Inhalt der Revisionsbegründung	19
A. Grundsätze	19
B. Revisionsantrag und Beschränkung der Revision	19
I. Antrag	19
II. Beschränkbarkeit der Revision	20
C. Ausführungen zu von Amts wegen zu beachtenden Verfahrenshindernissen	22
I. Überblick	22
II. Sachliche Zuständigkeit	24
III. Wirksame Anklage und Eröffnungsbeschluss	26
IV. Strafantrag	30
V. Verjährung	31
VI. Entgegenstehende Rechtshängigkeit und entgegenstehende Rechtskraft („Strafklageverbrauch“); Verstoß gegen § 331 I StPO	31
D. Rügearten	34
I. Abgrenzung Sach- und Verfahrensrüge	34
II. Beruhen des Urteils auf der Gesetzesverletzung	36
III. Ausschluss von Verfahrensrügen; Rügeverlust	38
E. Einzelheiten zur Verfahrensrüge	40
I. Grundsätze	40
II. Protokoll und Freibeweisverfahren beim Vortrag und Nachweis von Verfahrensfehlern	42
III. Verfahrensrüge bei absoluten Revisionsgründen	45
1. Verstoß gegen das Gebot des gesetzlichen Richters (§ 338 Nr. 1 StPO)	45

2. Mitwirkung eines ausgeschlossenen oder befangenen Richters (§ 338 Nr. 2, 3 StPO)	47
3. Fehlende Zuständigkeit (§ 338 Nr. 4 StPO)	51
4. Verletzung von Anwesenheitsvorschriften (§ 338 Nr. 5 StPO)	52
a) Abwesenheit des Staatsanwalts oder des Urkundsbeamten	52
b) Verhandeln ohne den Angeklagten	52
c) Verhandeln ohne den Verteidiger	57
5. Verletzung des Grundsatzes der Öffentlichkeit (§ 338 Nr. 6 StPO)	58
6. Fehlende oder verspätete Urteilsgründe (§ 338 Nr. 7 StPO)	61
7. Unzulässige Beschränkung der Verteidigung (§ 338 Nr. 8 StPO)	61
IV. Fehler außerhalb der Hauptverhandlung, vor allem im Ermittlungs- und im Zwischenverfahren	62
1. Gesetzesverletzungen durch das Gericht	62
2. Gesetzesverletzungen durch Ermittlungsbehörden	64
a) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Beschuldigtenvernehmung	65
b) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Überwachung der Telekommunikation (§§ 100a, 100d, 100e StPO)	70
c) Verwertungsverbote bei der Wohnraumüberwachung und beim Abhören außerhalb von Wohnungen	73
d) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei Durchsuchung und Beschlagnahme; Online-Durchsuchung	74
e) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Blutentnahme	78
f) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei Zeugenvernehmungen	79
g) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern beim Einsatz eines Verdeckten Ermittlers oder eines V-Mannes	79
V. Fehler in der Hauptverhandlung	81
1. Unterlassene oder fehlerhafte Feststellung der Personalien des Angeklagten ..	81
2. Unterlassene Verlesung der Anklage	81
3. Unterlassene Mitteilung über verständigungsvorbereitende Gespräche, § 243 IV StPO	82
4. Unterlassene oder fehlerhafte Belehrung des Angeklagten über seine Rechte	82
5. Fehler bei der Mitwirkung eines Dolmetschers	83
6. Fehler bei der Vernehmung des Angeklagten zur Sache	83
7. Fehler in Zusammenhang mit der durchgeführten Beweisaufnahme	85
a) Fehler bei der Einnahme eines Augenscheins	85
b) Fehler bei der Verlesung von Urkunden	86
aa) Allgemeines	86
bb) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf frühere Aussagen des Beschuldigten	86
cc) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf sonstige schriftliche Erklärungen des Beschuldigten	88
dd) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf frühere Aussagen von Zeugen	89
ee) Vorhalte	92
ff) Urkundenbeweis in Bezug auf Erklärungen von Behörden, Sachverständigen oder Ärzten (§ 256 StPO)	92
c) Fehler in Zusammenhang mit Zeugenvernehmungen	93
aa) Fehler bei der allgemeinen Zeugenbelehrung	93
bb) Fehler in Zusammenhang mit Aussageverweigerungsrechten	93
cc) Fehler in Zusammenhang mit Auskunftsverweigerungsrechten	96
dd) Fehler in Zusammenhang mit der Vernehmung des Zeugen zur Sache ..	97

ee) Fehler in Zusammenhang mit der (Nicht-)Vereidigung von Zeugen	97
ff) Fehler in Zusammenhang mit der Vernehmung von Verhörpersonen	98
d) Fehler in Zusammenhang mit der Anhörung eines Sachverständigen	102
8. Verletzung der Aufklärungspflicht	103
9. Fehlerhafte Zurückweisung von Beweisanträgen	105
10. Präsenze Beweismittel	110
11. Unterlassener Hinweis nach § 265 StPO	111
12. Schlussvorträge und letztes Wort	114
13. Beratung	115
14. Verständigungen (§ 257c StPO)	116
a) Zustandekommen einer Verständigung	116
b) Möglicher Inhalt einer Verständigung	118
c) Mitteilungs- und Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit der Verständigung	120
aa) § 243 IV StPO	121
bb) Das Negativattest in § 273 Ia 3 StPO	125
cc) § 267 III 5 StPO	125
d) Verständigung, Aufklärungspflicht und verfahrensrechtliche Position des Angeklagten	125
e) Reichweite der Bindung und Verwertbarkeit eines Geständnisses	126
F. Revisionsrügen in Bezug auf Fehler des Urteils	128
I. Grundsatz	128
II. Angriffe gegen Form und Aufbau des Urteils	129
III. Widersprüche innerhalb des Urteils bzw. zwischen verkündetem und schriftlichem Urteil	130
IV. Angriffe gegen die Sachverhaltsfeststellung	131
1. Allgemeines	131
2. Verwertung nicht in die Verhandlung eingeführter Umstände	131
V. Angriffe gegen die Beweismittelwürdigung	134
1. Allgemeines	134
2. Verwertungsverbote	136
3. Fehlerhafte Anwendung des Grundsatzes »in dubio pro reo«	137
VI. Angriffe gegen die rechtliche Würdigung	138
VII. Angriffe gegen die Strafzumessung	140
G. Besonderheiten der Nebenklägerrevision	144
H. Revisionen bei besonderen Urteilsarten	146
I. Revision gegen ein Urteil im beschleunigten Verfahren	146
II. Revision gegen ein nach einem Strafbefehl ergangenes Urteil	147
III. Revision gegen ein Berufungsurteil	148
4. Kapitel. Prüfungsumfang und Entscheidung über die Revision	149
A. Prüfungsreihenfolge	149
B. Prüfung der Zulässigkeit der Revision und der Verfahrensvoraussetzungen	149
C. Prüfung der Verfahrensrügen	150
D. Prüfung aufgrund der Sachrüge	150
E. Entscheidung über die Revision	150
I. Entscheidung nach Rücknahme der Revision	150
II. Verwerfung durch Beschluss als unzulässig (§§ 346, 349 I StPO)	151
III. Einstellung oder Verweisung durch Beschluss	151
IV. Entscheidung über die Begründetheit durch Beschluss (§ 349 II, IV StPO)	151
V. Entscheidung aufgrund einer Hauptverhandlung	152
VI. Aufbau der Entscheidungsgründe	156
VII. Besonderheiten	157
1. Bindung an die Revisionsentscheidung, Verschlechterungsverbot	157
2. Teilweise Aufhebung der Feststellungen (doppelrelevante Tatsachen)	157

3. Erstreckung (§ 357 StPO)	158
4. Anhörungsrüge (§ 356a StPO)	158
5. Kapitel. Anhang	159
A. Revisionsklausuren: Typen und Themen	159
I. Aufgabentypen	159
II. Klausurthemen	159
B. Übungsprotokoll	164
C. Aufbauschemata	166
I. Gutachten nach eingeleger, aber noch nicht begründeter Revision	166
II. Fertigen einer Revisionsbegründungsschrift	168
III. Gutachten nach eingeleger und begründeter Revision	169
D. Klausur „Revision“	170
I. Zulässigkeit der Revisionen	175
II. Prüfung der Verfahrensvoraussetzungen	176
III. Prüfung des Verfahrens	176
1. Vernehmung des Zeugen Hans Kleiner	176
2. Vernehmung des Zeugen Braun	176
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	176
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines nach Verstoß gegen § 136 I 2 StPO bestehenden Verwertungsverbots	177
c) Verstoß gegen § 254 StPO	178
d) Gesetzesverletzung infolge Nicht-Vereidigung des Zeugen Braun	178
3. Vernehmung des Zeugen Dr. Gelder	178
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	178
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines aus § 252 StPO herzuleitenden Verwertungsverbots	178
c) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines Verwertungsverbots nach Unterlassen der Benachrichtigung gemäß § 168c V StPO	179
d) Verwertungsverbot infolge des Unterlassens einer Verteidigerbestellung für die ermittelrichterliche Vernehmung des Zeugen Hans Kleiner	180
e) Nicht-Vereidigung des Zeugen Dr. Gelder	181
4. Verlesung des Tagebuchs	181
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	181
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung grundgesetzlicher Verwertungsverbote	181
5. Vernehmung der Zeugin Eva Kleiner	182
6. „Zwischenverfahren“ und fehlender Hinweis über das Beweisergebnis	183
7. Vernehmung des Sachverständigen Prof. Dr. Grüner	183
8. Zwischenergebnis	183
IV. Prüfung auf sachlich-rechtliche Fehler	184
1. Sachverhaltsfeststellungen und Beweiswürdigung	184
2. Rechtliche Würdigung	184
a) Verurteilung wegen vorsätzlicher Körperverletzung	184
b) Nicht-Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung	184
c) Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung	184
d) Nicht-Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge	185
e) Nicht-Verurteilung wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts	185
f) Konkurrenzen	186
V. Ergebnis	186
Sachverzeichnis	187